

Wolfgang S. Heinz (Berlin)

**Zur Herausbildung des politischen Denkens
im brasilianischen Militär
während der ersten Jahrzehnte der Republik.
Die Rolle ausländischer Konzepte¹**

1. Einleitung

Die Gründung des modernen Brasiliens unterschied sich markant von den Unabhängigkeitskriegen im spanischen Südamerika. Die Erfahrung ständiger Interventionen der Militärführung in der Politik war unbekannt, vielmehr war es das "Werkzeug einer fest gefügten zivilen Autorität" (Needell 1992: 493). Bereits im 19. Jahrhundert konnten Ursprung und Funktionen des kolonialen Staates "nur in bezug auf die Eliten und ihre spezifischen Interessen" verstanden werden. Zwar lag Patronage den politischen Aktivitäten im Kaiserreich zugrunde, jedoch gehen manche Autoren von einer nicht unbedeutenden Rolle der Ideologie aus, diente sie doch auch dazu, Einigkeit unter den Parteimitgliedern herzustellen, eine Partei sowohl zusammenzuschweißen als auch zu spalten (ebda.: 453).

Die napoleonische Besetzung Spaniens und Portugals erzwang 1807 die Umsiedlung des portugiesischen Hofes nach Rio de Janeiro. 1815 wurde Brasilien erst zum Vereinten Königreich Portugal-Brasilien und später, unter Dom Pedro I. (*1822 Grito de Ypiranga*), zum Kaiserreich erklärt. Der Kaiser genoss umfassende politische Vollmachten: Er war Haupt der Exekutive mit einem Ministerrat, der dem Parlament nicht verantwortlich war. Er konnte das Parlament durch Vetorecht, Drohung mit Neuwahlen und Amtsenthebungen unter Druck setzen. Er ernannte die Senatoren auf Lebenszeit. Nur die Justiz war vom Kaiser im stärkerem Maß unabhängig, da Richter und Geschworene lokal gewählt wurden (Stols 1992: 140). Diese umfassende Vollmachten machten es dem Kaiser möglich, die Aufgabe eines *po-der moderador*, einer ausgleichenden Macht, wahrzunehmen, der dazu diente, bei Konflikten zwischen politischen Gruppierungen und Per-

1 Der Beitrag beruht in Teilen auf Kap. 4 meiner Monographie zu neuen Demokratien und Militär in Lateinamerika (Heinz 2001).

sönlichkeiten zu vermitteln und schließlich eine für alle Beteiligten verbindliche und für das Reich idealiter nicht schädliche Regelungen zu treffen.

2. Historische Bestimmungsfaktoren

2.1 Kolonie und Kaiserreich

Im 18. Jahrhundert arbeiteten an der Spitze der Verwaltung fast nur Soldaten portugiesischer Herkunft. Sie hatten das preußische Modell von militärischer Zucht und Ordnung als Vorbild, standen "den zivilen Institutionen vor und sicherten ihr Funktionieren". Eine britische Mission unter Graf vom Schaumburg-Lippe war ab 1762 im Land und legte stärkeren Nachdruck auf Disziplin und den Umgang mit moderner Artillerie (Stols 1992: 109). Die Umsetzung der Reformen wurden dann unter Oberstleutnant João Henrique Böhm fortgeführt (Oberacker 1957). Es kam zu ersten Schritten einer Professionalisierung der Streitkräfte, die aber auch zu einer verstärkten, oft mit zunehmender Gewalt erzwungenen Rekrutierung zur Folge hatte und damit Widerstand auslöste (Beattie 1996; Faria Mendes 1998). Diese zunehmende Militarisierung wurde "als eine Fortführung der eigenen Tradition der beispielhaften Selbstverteidigung dargestellt, die man schon früher gegen die Holländer, die Franzosen und die Jesuiten entwickelt hatte" (Stols 1992: 109).

In der Militärführung provozierte erst die direkte Konfrontation mit dem Krieg ein klares Bewusstsein ihrer Abhängigkeit vom Wohlwollen ziviler Regierungen und der Notwendigkeit, die Streitkräfte zu reformieren und zu modernisieren. Die zentrale Erfahrung war hier der Krieg der Trippelallianz Argentinien, Brasilien und Uruguay gegen Paraguay (1865-1870). Die Truppen standen nach einer kurzen Periode mit dem Argentinier Mitre an der Spitze schließlich unter brasilianischem Oberbefehl. Auch die große Mehrheit der Truppen war brasilianisch. Während des Krieges waren verheerende Verluste durch Kämpfe, Seuchen und Hungersnot zu beklagen. Needell betont:

Die Demütigung wegen der Verzögerung des von einem kleinen, von caboclos und Indios bevölkerten Land ein halbes Jahrzehnt lang verhinderten Sieges war in den Augen vieler Brasilianer, insbesondere der Offiziere, ein schlagender Beweis für die Kluft zwischen den Unzulänglichkeiten einer Plantagenbesitzer-Monarchie und dem Fortschritt, dessen ein Nationalstaat im 19. Jahrhundert bedurfte. Brasiliens schlecht ausge-

bildete Armee, bestehend aus armen Städtern, Sklaven und kümmerlichen Provinzrekruten, unzureichend bewaffnet und gekleidet, unterernährt und ohne geeignete Transportmittel, ließ beschämende Rückschlüsse auf das Arbeitskräftereservoir des Reiches zu, auf seine ländliche Rückständigkeit, auf den Mangel an Eisenbahnen, das Fehlen einer Industrie und auf die offenkundige bürokratische Stümperei der traditionellen Elite am Hof (Needell 1992: 471).

Der schließlich nach erheblichen Verlusten gewonnene Krieg stärkte zwar die Stellung des Militärs, setzte aber auch einen Prozess in Gang, in dessen Verlauf viele Offiziere zunehmende Ressentiments gegenüber den Politikern, den *casacas* (Gehrocken), entwickelten. Denn diese wurden für die mangelnde Ausbildung und Ausrüstung im Krieg gegen Paraguay verantwortlich gemacht.

Hier begann eine eigene politische Identität zu entstehen, die bis in die Gegenwart hinein immer wieder eine zentrale Rolle in den zivil-militärischen Beziehungen spielen sollte: Im Militär entwarf man ein Selbstbild als eine Institution, die patriotisch, selbstlos handelte und dem Wohl des Landes verpflichtet war. Diesem wurde dann das Zerrbild der nur ihren Interessen verpflichteten Politikern entgegengehalten. Mit diesem politischen Strukturmuster war bei Konfliktfällen die Entscheidung meist schon im Voraus gefallen, wer im Zweifelsfall der bessere Vertreter des Allgemeinwohls im Staat war. Und dies unabhängig von der tatsächlichen oder vermuteten Mehrheitsauffassung der Bevölkerung, die ohnehin erst Ende der fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts an politischer Bedeutung gewann – vor allem über die begrenzte Mobilisierung durch die politische Linke.

2.2 Die “Alte Republik” (República Velha, 1889-1930)

Nach längeren internen Verschwörungen erfolgte 1889 ein fast unblutiger Militärputsch (ein Toter) unter der Führung von Marschall Deodoro da Fonseca, der Kaiser Dom Pedro II. stürzte (Needell 1992: 493-497). Auch die dem Kaiser verbundene Marine konnte den Putsch nicht mehr rückgängig machen, und die kaiserliche Familie musste das Land verlassen. Brasilien wurde zur Republik erklärt (zu den Begriffen Reich/Republik vgl. Nitsch 1977: 132). Nach dem Militärputsch gegen Kaiser Dom Pedro II übernahm eine Militärjunta die Macht, während sich die traditionellen Eliten vorübergehend vom politischen Geschäft zurückzogen. Die Junta verordnete dem Militär eine Gehaltserhöhung um 50% und die Beförderung von fast allen hohen

Offizieren. Die ersten beiden Präsidenten, Fonseca und Caxias, waren Militärs, die die Mannschaftsstärke sofort erheblich erhöhten (Zoller 2000: 217, 218) von 1889 14.000 Mann auf 1893 20.000 Mann. 1893 wurden 11 von 20 Staaten durch Militärs regiert (ebda.: 216).

Die Republikaner entwarfen die neue Verfassung von 1891, die das Land radikal dezentralisierte und durch die die katholische Kirche ihren offiziellen Status verlor. Brasilien wurde Föderation und die positivistischen Begriffe "Ordnung und Fortschritt" fanden ihren Platz in der Nationalflagge. In einzelnen Staaten waren militarisierte Polizeiverbände aufgestellt worden, die die Streitkräfte an Umfang übertrafen. Das Militär stand den Beschränkungen durch dieses föderale System feindlich gegenüber.

Mit der Republik entwickelte sich ein neues Profil der Streitkräfte. Mit der Absetzung des Kaisers war der *poder moderador*, die ausgleichende Macht, verloren gegangen; keine andere politische Institution und kein anderer gesellschaftlicher Akteur, wie z.B. die katholische Kirche, nahm sie wahr. Führende Militärs sahen es immer wieder als notwendig an, diese Aufgabe selbst zu übernehmen, und Parteien und Politiker setzten keinen Widerstand entgegen. Es handelte sich dabei nicht um eine Rollenusurpation, die etwa gegen den entschiedenen Widerstand von staatlicher Verwaltung, Parteien oder gesellschaftlichen Akteuren erzwungen hätte werden müssen.

In der verfassungsgebenden Versammlung von 1890 waren zwar 40 der 207 Mitglieder Armee- und Marineangehörige, diese bildeten jedoch keinen monolithischen Block, weil es auch unter ihnen erhebliche Meinungsunterschiede zu den zentralen Sachfragen gab (zu den Beratungen siehe Peres Costa 1987). Die Zwangsrekrutierung wurde damals gesetzlich abgeschafft. Allerdings besetzten nach 1889 Offiziere mehr Kabinettsposten und Kongressmandate als vorher (McGee Deutsch 1999: 53; Daten bei Pinheiro et al. 1977: 226-227).

Unterstützung von Seiten der Zivilgesellschaft: Bei der Organisation der institutionellen Interessen spielte der *Clube Militar* eine entscheidende Rolle (Hayes 1976). Er war 1887 mit dem Ziel gegründet worden, die politischen Rechte und Interessen der Institution zu verteidigen. Mit den Politikern war es 1884-1889 immer mehr zu Spannungen gekommen, die zu Disziplinarverfahren führten. Jüngere Offiziere waren nicht mehr bereit, sich an die Vorschriften zu halten, die

ihnen politische Äußerungen untersagten. Damals wurde von der "militärischen Frage" gesprochen.

Immer wieder kam es auch zu Konflikten zwischen der Regierung und dem *Clube*. Nachdem er politische Aktivitäten koordiniert hatte, wurde er zwischen 1896 und 1901 geschlossen (Bethell 1986: 813). Das gleiche Schicksal ereilte ihn 1914, nachdem er sich nachdrücklich für die Fortsetzung der so genannten *Salvações* (1910-1912) eingesetzt hatte, einer Praxis der Armee, durch die offiziell "die Reinheit der republikanischen Institutionen" erhalten werden sollte (ebda: 816). Bei lokalen Konflikten mit Vertretern der lokalen Oligarchie im Nordosten übernahmen Militärs die Verwaltungspositionen selbst (das Militär versuchte dann jedoch, diese Praxis immer weiter auszudehnen, und hiergegen bildete sich eine stärker werdende Opposition); Präsident – und General – Hermes da Fonseca erklärte den Notstand und ließ 28 Offiziere festnehmen (Smallman 2002: 32).

In der Zivilgesellschaft halfen zwei Organisationen, Interessen des Militärs stärker zu artikulieren, zum einen die *Liga de Defesa Nacional*, nach dem Namen der gleichnamigen Zeitschrift. Sie wurde 1916 gegründet und unterstützte eine Staatsbürgerarmee, militärisches Training in den Schulen und die Aufstellung von militärischen Reserveeinheiten (McGee Deutsch 1999: 109). Auch setzte sie sich für den allgemeinen Wehrdienst sowie eine bessere Bezahlung des Militärs ein und arbeitete gezielt für die Interessen des Militärs. Ihr Patron war der Dichter Olavo Bilac. Zum anderen gab es die 1917 in São Paulo gegründete *Liga Nacionalista*, welche weniger eng an die Interessen der Militärs gebunden war (Skidmore 1998: 139). Schließlich ist an die Jakobinische Bewegung in Rio de Janeiro zu erinnern.

Gewicht und Rolle des Positivismus: Im 19. Jahrhundert hatte das positivistische Denken zunehmend zu einem Verständnis der Erfordernisse der Nation beigetragen, in der der Modernisierung, und das hieß vor allem: die Integration des ganzen Landes, eine überragende Bedeutung vor anderen Aufgaben wie der Grenzverteidigung und der inneren Sicherheit zugesprochen wurde.

Die Führung der kaiserlichen Streitkräfte fühlte sich zunehmend dem positivistischen Denken verbunden. In Lateinamerika wurde der aus Europa importierte Positivismus als eine "Handlungsanleitung zur politischen Aktion, die in Übereinstimmung mit den allgemeinen Lehren der sozialen Evolution zu stehen schien" (Werz 1991: 64) verstanden. Grundlage hierfür war ein starker Glaube an notwendige und

unausweichliche, von der Wissenschaft inspirierte universelle Veränderungen (ebda.: 68). Dem Positivismus lag die Vision der Herrschaft einer technokratischen Elite aus Akademikern und Militärs zugrunde, die vom katholischen Glauben zu einer modernen wissenschaftlichen Sichtweise führen würde (McGee Deutsch 1999: 44). Instrument sollte ein zentralisierter Staat werden, der die Industrialisierung vorantreibt, Privateigentum schützt, sich aber auch gegenüber einem rein wirtschaftlichen Liberalismus eine kritische Haltung bewahrt. Indessen fehlte dem positivistischen Denken meist ein Gespür für gesellschaftliche Konfliktlagen und politische Interessenkoalitionen, die nur als störend für ein gewissermaßen ingenieurstechnisches Verständnis der Erfordernisse in Politik und Gesellschaft begriffen wurden. Der Positivismus fand seine Anhänger vor allem in den Mittelschichten, besonders bei Militärs und Ingenieuren. Beim Übergang von der Monarchie zur Republik gewann er kurzzeitig Bedeutung, als ein von ihm beeinflusstes Kabinett die Regierung übernahm, mit Benjamin Constant Botelho de Magalhães als Kriegsminister.

Das Ziel von Ordnung und Fortschritt verlangte einen paternalistischen Staat. So zog der Positivismus die staatlich geförderte Immigration der Sklavenarbeit vor. In der Praxis lehnte die Armee z.B. ihre traditionelle Aufgabe, entlaufene Sklaven einzufangen, zunehmend ab. Während die Kampagne für die Abschaffung der Sklaverei an Stärke gewann, forderten Armeeoffiziere, "von ihrer herkömmlichen Aufgabe der Verfolgung entlaufener Sklaven entbunden zu werden, die sie in ihrer Ehre als Verteidiger der Nation verletzte" (Needell 1992: 489).

Um die Ziele des Positivismus zu erreichen, waren aber große Hindernisse zu überwinden, von denen nur die drei wichtigsten hier erwähnt werden sollen:

- Das Land und seine Eliten war nicht geeint. Interessen und Visionen differierten stark, vor allem zwischen den führenden Staaten São Paulo und Minas Gerais.
- Die Schwäche des Zentralstaates zeigte sich in dem Übergewicht der Sicherheitskräfte der einzelnen Staaten (damals *Força Pública*, heute *Polícia Militar*/Bereitschaftspolizei), die an Mannschaftsstärke und Ausbildung der Bundesarmee überlegen waren. In einem Konfliktfall wären die Bundesstaaten der Regierung militärisch überlegen gewesen, allerdings nur dann, wenn es ihnen

gelingen wäre, sich untereinander auf gemeinsame Ziele gegenüber dem Bund zu einigen.

- Den Militärführungen fehlten die Institutionen, um über das militärische Fachwissen hinaus die zentralen politischen Probleme des Landes zu untersuchen und sie damit in die Lage zu versetzen, zu einem qualifizierten Gesprächspartner für Politiker und zivile Fachleute zu werden. Diese Kompetenz wurde erst ab 1949 mit der Gründung der Höheren Kriegsakademie (*Escola Superior de Guerra/ESG*) aufgebaut.

3. Die Frage nach der "Mission" des Militärs

In die neue Verfassung von 1891 wurden Gewaltenteilung und, auf Anregung von Benjamin Constant, die Idee des *poder moderador* aufgenommen. Den Streitkräften wuchs jetzt die frühere Funktion des Kaisers zu. Dem *poder* lag die Überzeugung zugrunde, dass es auch weiterhin erhebliche Auseinandersetzungen zwischen politischen Parteien² und Politikern geben würde und es einer Instanz bedurfte, die diese Konflikte vor dem Ausbruch von Gewalt im Interesse der Eliten zu lösen hilft. (Hierbei muss im Auge behalten werden, dass in Brasilien bis Ende der fünfziger Jahre Politik immer Elitenpolitik war.³ Zu den Wahlen wurden die zahlenmäßig geringe Mittelschicht und die Masse der Bevölkerung nur im begrenzten Maß mobilisiert; eine Stimmabgabe als bewusste Präferenz für eine bestimmte Partei war eher die Ausnahme.)

Hatte die kaiserliche Verfassung noch von einem Militär gesprochen, das essentiell gehorsam zu sein hatte (Carvalho 1987: 10), beschrieben die Verfassungen von 1891, 1934 und 1946 die Aufgaben des Militärs in anderen, aber fast übereinstimmenden Begriffen. Die Verfassung von 1891 legte neu fest, dass es eine permanente Institution ist, und dass seine Aufgabe nicht nur die Verteidigung des Landes nach außen, sondern auch die Einhaltung der Gesetze umfasst (Johnson 1964: 233).

2 Es waren natürlich keine politischen Parteien im modernen Sinn, sondern regional und bundesstaatlich konzentrierte Klientelgruppen.

3 Dies steht nicht im Widerspruch zu der Tatsache, dass es zahlreiche Rebellionen in Brasilien gegeben hat, die brutal niedergeschlagen wurden (z.B. *Canudos*). Intraelitenkonflikte gingen sehr viel glimpflicher aus als Konflikte zwischen der Elite und anderen Bevölkerungsschichten.

In der Verfassung von 1946 wurde das Militär der obersten Gewalt des Präsidenten "innerhalb der Grenzen des Gesetzes" unterstellt. Diese Einschränkung überließ es der Entscheidung der jeweiligen Militärführung, ob sie einen Befehl des Präsidenten als rechtmäßig ansah; dies konnte nur eine erhebliche Schwächung einer westlich verstandenen Demokratie bedeuten (mit der Leitvorstellung eines Primates der Politik über das Militär). Die von den Militärs während der Diktatur ausgearbeitete Verfassung⁴ von 1967/1969 verlangte Gehorsam gegenüber den bestehenden Institutionen – nicht: den demokratischen Institutionen –, ohne dass auf "die Grenzen der Gesetze" verwiesen wurde.⁵

Nach der Ausrufung der Republik 1889 befassten sich Politiker in den beiden Kongresskammern wenig mit Militärfragen. Anlass hierfür waren jeweils die Festlegung der Mannschaftsstärke und des Militärhaushaltes durch den Kongress. Mit Ausnahme der Regierung von Epitácio Pessoa wurde mit dieser Verantwortung kein Politiker mehr betraut. Auch nach 1930 gab es nur sehr wenige Politiker mit Kompetenz in Militärfragen (Carvalho 1987: 10).

Der Hauptpunkt der Diskussion über Rüstungspolitik war durchweg die Schwäche und geringe Zuverlässigkeit von Rüstungsgütern, die nicht durch Angebote im eigenen Land produziert werden konnte. Damit war man vor allem von europäischen, später US-amerikanischen Zulieferungen abhängig, folglich auch von Ersatzteillieferungen und mithin von der Politik in Europa (Hilton 1994: 101-102). In der Praxis wurden Lieferungen durch die beiden Weltkriege und andere politische Ereignisse immer wieder unterbrochen. Auch gab es wiederholt Probleme mit mangelnden Devisen für Einkäufe im Ausland. Zum Teil waren die vereinbarten Lieferungen, die in Brasilien eintrafen, auch von schlechter Qualität. Daher forderte das Militär immer wieder die Schaffung eigener industrieller Produktion, am besten unter staatlicher Kontrolle, wozu dann auch der Aufbau einer nationalen Rüstungsproduktion gehören sollte. Allerdings waren die Stimmen in Brasilien, die eine staatliche Kontrolle forderten, nicht so stark wie im Nachbarland Argentinien. Es wurde durchaus auch an ein privatwirtschaftliches Engagement gedacht, wenn auch in enger Koordination

4 Die Verfassung wurde 1967 verabschiedet und 1969 durch einen Verfassungszusatz in ihrem undemokratischen Gehalt deutlich verstärkt.

5 Sie verbietet in Artikel 7 die Führung von Kriegen zur externen Eroberung und Aggression.

mit dem Staat. Erst unter der Präsidentschaft von Getúlio Vargas (1930-1945) kam es zu einer ernst zu nehmenden Modernisierung der Streitkräfte sowie dem Aufbau einer halbwegs effektiven Bundesverwaltung.

4. Ausländische Modelle: Beherrschende Leitdoktrin oder inkrementeller Einfluss?

Um die Jahrhundertwende galten Frankreich und Preußen bzw. Deutschland als Modell für den Aufbau einer nationalen, effektiven Militärinstitution in Europa (zur Beraterrolle Europas für das Militär in Lateinamerika seit 1890 siehe Nunn 1983). Der US-amerikanische Historiker Thomas Skidmore hebt hervor, dass die brasilianische Elite damals immer Europa bewunderte (1998: 137). Es gab Gruppen der Elite, die Frankreich und andere, die Deutschland als Modell für Brasilien sahen, letztere unterstützt von der deutschen Kolonie im Süden des Landes.

Deutschland: Anfang des 20. Jahrhunderts war Deutschland der Hauptrüstungsexporteur für Brasilien. Die Firma Krupp hatte bereits 1892 mit der Lieferung von Kanonen nach Brasilien (und auch nach Argentinien) begonnen; später übernahmen die deutsche Waffen- und Munitionsfabriken in Berlin und ihre Schwesterunternehmen diese Aufgabe (Hilton 1994: 98-99). In diesen Elitekreisen sah man die deutschen Offiziere als die besten in Europa an. 1906, 1908 und 1910 dienten insgesamt 32 brasilianische Offiziere in deutschen Regimenten und unterstützten natürlich diese Position. Viele von ihnen wurden später zu den so genannten "Jungtürken" (Skidmore 1998: 138-139; Pinheiro et al. 1977: 198). Die Rückkehrer der letzten Gruppe gründeten die Zeitschrift *A Defesa Nacional*; hier wurden z.B. auch deutsche Militär-Reglements übersetzt und veröffentlicht. Über seine Erfahrungen schrieb später General Leitão de Carvalho im ersten Band seiner Memoiren (Leitão de Carvalho 1961).

Der erste Weltkrieg forderte eine schwierige Positionierung von der brasilianischen Regierung und den Eliten des Landes, denn es gab sowohl pro-Achsen- als auch pro-Alliierte-Positionen. Aber als Deutschland 1917 den uneingeschränkten U-Boot-Krieg erklärte, trat Brasilien an die Seite der Alliierten offiziell in den Krieg ein.

Frankreich: Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges übernahm Frankreich die Position Deutschlands. In den Jahren 1919-1930 beriet eine französische Militärmission die Armee, eingeladen von Präsident Epitácio Pessoa, womit sie einen gewissen Einfluss auf die Offiziersausbildung ausüben konnten (Malan 1988). Aber die Präsenz der Mission in Brasilien war nicht ohne Probleme, wurde sie doch von den "Jungtürken" als eine Gefährdung ihrer eigenen Position im Professionalisierungsprogramm der Armee gesehen und abgelehnt. Höhere Offiziere sahen sich erniedrigt, weil sie nicht auf dem professionellen Niveau der Ausländer mithalten zu können glaubten. Erst nachdem ein Gegner der Missionsidee, Marschall Ribeiro, pensioniert worden war, wurde es für die Franzosen möglich, ihre Arbeit aufzunehmen (Hayes 1969: 181). Allerdings hatte die französische Seite bei den Verhandlungen über ihren Status deutlich gemacht, dass sie nicht bereit war, eine reine Assistenzfunktion wahrzunehmen. Beide Seiten einigten sich schließlich auf die Funktion eines *Consultant*. Damit bleibt die Mission eher am Rande der institutionellen Entwicklung. Sie entwarf eine Reihe von Fortbildungskursen, die jedoch von der militärischen Hierarchie nicht besonders geschätzt wurden (Hayes 1969: 182).

Französische Offiziere durften nicht an der *Escola Militar* arbeiten und widmeten sich daher der Schule des Armeegeneralstabes (*Escola de Estado Maior do Exército*, später *Escola de Comando e Estado Maior do Exército* genannt), in der die Offiziersränge "Major" und "Oberstleutnant" über drei Jahre hinweg fortgebildet wurden (Davis 1996: 104). Sie entwickelten drei Ausbildungslehrgänge und haben wesentlich zur Ausbildung von Generalstabsoffizieren beigetragen. Bei ihrer Ankunft gab es noch keine nationale Verteidigungsplanung. Die Aktivitäten des Militärs bezogen sich im Wesentlichen auf die Verteidigung der Grenzen im Süden und im Südosten. Jetzt begannen die ersten Schritte einer Verteidigungsplanung. 1920 erschienen dann die Dienstvorschriften, die Disziplinarordnung des Heeres und das Reglement für Ausbildung und allgemeine Dienste. Im Jahr 1927 wurde ein Rat für nationale Verteidigung eingerichtet, zu dessen Aufgaben die nationale Verteidigung, eine entsprechende Mobilisierung der Bevölkerung sowie relevante ökonomische und psychologische Aspekte gehörten (Pinheiro et al. 1977: 200).

In den zwanziger Jahren wurde Frankreich Hauptlieferant von Mörsern, Kanonen, Artillerie, Maschinengewehren und gebrauchten

Militärfahrzeugen, ebenso wie von den ersten Flugzeugen für die Luftwaffenabteilung des Heeres. Dagegen waren für die Marine USA, England und Italien die wichtigsten Lieferländer.

Die Beziehungen zu den USA: Die allgemeinen diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Brasilien um die Jahrhundertwende kann man wohl am ehesten als "verschlafen" bezeichnen. Sie bezogen sich vor allem auf den Ausgleich von Handelsinteressen und Konsularangelegenheiten. 1891 wurde das erste US-Brasilianische Handelsabkommen geschlossen. (Allerdings waren die USA schon 1865 der wichtigster Kaffeeimporteur für Brasilien.) Aber allgemein lag Brasilien geographisch weit von den USA entfernt und war von geringem strategischem Interesse (Smith 1999: 197). Immerhin galt es in den USA im Vergleich zu den spanischen Republiken als ein Muster an politischer Stabilität.

Die Marinerevolte von 1893/94: Unzufriedenheit in der Marine über eine angebliche Bevorzugung der Armee führte zur Marinerevolte in Rio de Janeiro, die sich sechs Monate, von September 1893 bis März 1894, hinzog. Unter Admiral Custódio de Melo verlangte die Flotte in Rio de Janeiro den Rücktritt von Präsident Floriano Peixoto, der nach einem Militärcoup der Marine unter Führung des Admirals gegen Marschall Deodoro de Fonseca an die Macht gekommen war. Peixoto und seine Unterstützer, die *Jacobinos*, hatten das Vorbild eines autoritären, technokratischen und zentralisierten Staates und erstrebten die Reinigung der Regierung von korrupten Politikern. In dem Konflikt verfügte er über die Abwehrbatterien der Hauptstadt (ich folge hier Smith 1999: 213; vgl. auch Smith 1983). Wichtige Mächte wie England und die USA erklärten ihre Neutralität, bestanden aber auch darauf, dass ihre Handelsschiffe den Hafen von Rio weiter nutzen durften. Der Kommandant des US-Verbandes hatte den Auftrag seines Außenministers, "amerikanisches Leben und Eigentum zu schützen", sei es mit "Protest oder anderen Mitteln" (Wehler 1983: 181). Die USA und England warnten, jede Behinderung würde zu einer militärischen Reaktion führen. Die USA zogen schließlich fünf Kriegsschiffe zusammen. Diese Haltung nützte der Position der Regierung und schwächte die Rebellen, die mit Blick auf eine Rebellion im Süden des Landes auf die Aufstellung einer alternativen Regierung gehofft hatten. Ihr Ziel war die Wiederherstellung der Erbmonarchie, und die

Regierung Peixoto fürchtete, dass England hinter dem Aufstand stehen würde, um damit die junge Republik gleich wieder abzuschaffen und seinen Einfluss zu sichern.

Erst 1905 wurden die diplomatische Beziehungen auf die Ebene von Botschaftern gehoben. Die brasilianische Seite war sehr angetan von dem Kommentar des US-Außenministers Elihu Rott, dass beide Länder als gleichberechtigte Partner in der Hemisphäre Frieden und Ordnung erhalten sollten. Selten waren die Beziehungen so gut gewesen, fasst Smith zusammen, aber dies vernachlässigt die Einsicht, dass die Beziehungen zwischen beiden Ländern während 50 Jahren eher durch Vernachlässigung und mangelnde Sensibilität als durch Nähe gekennzeichnet waren (Smith 1999: 224, 225). Das wesentliche gemeinsame Interesse war der Handel. Nur 0,25% der Immigranten kamen bis zu diesem Zeitpunkt in die USA. Das Interesse von US-Unternehmen, sich in Brasilien niederzulassen, war äußerst gering. Dagegen war der Einfluss Englands von großer Bedeutung.

Während der zehnjährigen Amtszeit von Außenminister Rio Branco konzentrierten sich brasilianische Regierungen auf eine Rolle ihres Landes als einer "USA Südamerikas". So wurde eine Steigerung des internationalen Prestiges angestrebt. Hans-Jürgen Brummel formulierte treffend:

Brasilien sah sich als Gegenstück der USA in Südamerika. Man strebte hier eine ähnliche Hegemonie an wie die USA in Mittelamerika und in der Karibik und hoffte auf ein Akzeptieren geteilter Einflußzonen durch die Vereinigten Staaten (Brummel 1980: 39).

Der Außenminister unterstützte den Weltmachtanspruch der USA und damit auch die Monroe-Doktrin und die Roosevelt-Corollary (Zoller 2000: 223). An der Seite der USA wollte und sollte auch Brasilien aufsteigen (zu den Beziehungen USA-Brasilien statt vieler: Smith 1981; 1983; 1999; Davis 1996).

Die Regierung Vargas hat schließlich den Rückzug sowohl der US-amerikanischen wie der französischen Militärmission verlangt. Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges kam es dann jedoch zur Einrichtung der *Joint Brazil-United States Military Commission*, über die seit 1942 gemeinsame Projekte abgewickelt wurden, 1948 – wie schon erwähnt – gründete die Regierung mit Unterstützung der USA die Höhere Kriegsschule (*Escola Superior de Guerra*) nach dem Model des US-amerikanischen *National War College*.

5. Schlussfolgerungen

Entgegen der von einigen Wissenschaftlern vertretenen These, das Militär sei überwiegend unpolitisch (z.B. Johnson 1964), haben Militärführungen in der brasilianischen Geschichte wiederholt eine politische Rolle gespielt und versucht, Entscheidungen von Politikern auch auf Gebieten außerhalb der Verteidigungspolitik zu beeinflussen. Sie trafen hierbei auf eine tolerante Haltung der Politik, die ein solches Vorgehen erleichtert und letztlich dadurch möglich gemacht hat, dass hieraus eine politische Tradition wurde.

Gleichwohl gab es bereits vor der Gründung der Republik vereinzelt Diskussionen über die Notwendigkeit, dass die Politik die Handlungsmöglichkeiten des Militärs beschränkt. Zu erinnern ist hier nur an Ernesto Prados Buch *Fastos da dictadura militar no Brasil no 1890* (1890), in dem der Autor allerdings auch den Monarchismus der Republik als politische Herrschaftsform vorzog.

Historisch bestand die Mission des Militärs vor allem in der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit. Zum Einsatz kam es bei der Unterdrückung regionaler Aufstände, z.B. Canudos (1896-1897), Salvações (1910-1912, Interventionen der Armee in lokale Konflikte), Contestado (1912-1915) (Moura 1988; Cunha 1994), und einmal sogar bei der Niederschlagung einer Revolte der Marine (1910). Bis in die Gegenwart hinein hat die Armee immer wieder auch Polizeiaufgaben wahrgenommen, Mitte der neunziger Jahre z.B. in Rio de Janeiro.

Historisch bedeutete der *poder moderador* die Einrichtung einer vierten Gewalt in Gestalt des Kaisers neben Exekutive, Legislative und Judikative, ein Vorschlag, der teilweise auf den von der Elite gern gelesenen Benjamin Constant zurückging.

In der politischen Entwicklung des Landes wuchs das Militär in diese Rolle hinein, und *poder moderador* meinte dann vor allem

- die Übernahme politischer Ämter durch Politiker zu verhindern, die das Militär als gefährlich ansah,
- zu versuchen, den Amtsantritt von gewählten Präsidenten zu verhindern oder zu konditionieren, wenn führende Militärs der Auffassung waren, diese sollten nicht die Regierung des Landes übernehmen (Kubitschek 1955; João Goulart 1961)

In dieser Konstellation haben Modelle ausländischen Militärs vor allem in den Bereichen der Organisationsentwicklung sowie der Aus- und Fortbildung einen gewissen Einfluss gehabt. Beginnend mit den Reformen unter João Henrique Böhm in der Zeit des Kaisertums, später durch die Erfahrungen einer kleinen Gruppe von Militärs, die in Deutschland ausgebildet wurden und ab 1920 durch die französische Militärexpedition.

Insgesamt scheint der Einfluss ausländischer Konzepte jedoch in dem hier betrachteten Zeitabschnitt nur begrenzte Wirkungen gehabt zu haben. Zum einen gab es auch Gegner im Militär selbst, die durch eine Professionalisierung ihre eigene Stellung und Aufstiegschancen gefährdet sahen, zum anderen war die Zahl der Ausgebildeten zu gering, um wirklich eine Schubwirkung erreichen zu können. Sicher hat der ausländische Einfluss die Bemühungen um eine landesweite Rekrutierungspraxis und eine entsprechende Gesetzgebung gestärkt, ebenso wie Reformen in der Organisation und der Fortbildung. Hier war das Vorbild des "Volkes in Waffen" und eines von der Politik distanzierten Militärs als eine Art Kaste wahrscheinlich wirksam – besonders im deutschen Fall. Aber es gab keine beherrschende politisch-militärische Leitdoktrin, die, aus dem Ausland importiert, das Denken der Militärführung dominiert hätte, sondern es ist lediglich ein inkrementeller Einfluss im Blick auf Rekrutierung, Fortbildung und Aufbau der militärischen Organisation zu konstatieren.

Die Hauptimpulse kamen vielmehr aus der innerbrasilianischen Politik, aus der Einsicht in einen Mangel an Fortschritt in diesem großen Land, aus den konfliktiven Beziehungen zu Präsident und Regierung, sowie zum Kongress und ganz allgemein zu den Politikern.

Damit lässt sich festhalten, dass bis in die zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts das Militär nur einen geringen *systematischen* Einfluss auf die innenpolitische Entwicklung nahm. Erst mit der Bewegung der Leutnants, dem *tenentismo*, wurden über den engen militärischen Bereich hinaus auch weitergehende politische Forderungen gestellt, wie die Ersetzung eines exzessiven Föderalismus durch einen straffen Zentralismus, die Ausweitung des eng beschränkten Wahlrechts, die Verbesserung des Bildungssystems und der Arbeitsbedingungen sowie eine schnellere Integration der Ausländer. Viele diese Forderungen entsprachen den traditionellen Klagen der Mittelschichten.

Dabei zeigte sich als ein Problem für ein gezieltes Vorgehen der Institution, dass es intern häufig verschiedene Ansichten über die Ziele und Wege einer Modernisierung des Landes gab, so dass ein kohärentes Vorgehen erschwert wurde. Es kam sogar immer wieder zu Rebellionen, selten in der Marine, häufiger im Heer. Eine tendenziell einigende Ideologie wurde aber, so scheint es, erst sehr viel später mit der Gründung der Höheren Kriegsschule (ESG) geschaffen und mit der Doktrin der nationalen Sicherheit, die in der Hochzeit des Ost-West-Konfliktes eine erhebliche Bindungswirkung erzielen konnte (mit General Couto e Silva als wichtigstem Ideologen in den fünfziger und sechziger Jahren). Sie wurde durch eine starke Einflussnahme der USA auf Militär- und Polizeiausbildung gefördert (Heinz 1999). Die Vorzeichen waren die Interventionsversuche von 1956 und 1961, also bereits in den Jahren vor dem Putsch von 1964.

Literaturverzeichnis

- Beattie, Peter M. (1996): "The House, the Street and the Barracks. Reform and Honourable Masculine Social Space in Brazil, 1864-1945", in: *Hispanic American Historical Review*, Bd. 76, Nr. 3, S. 439-473.
- Bethell, Leslie (1986): *The Cambridge History of Latin America*, Bd. 5. Cambridge: Cambridge University Press.
- Büsch, Otto (1997): *Military System and Social Life in Old Regime Prussia, 1713-1807. The Beginning of the Social Militarization of Prusso-German Society* (Übersetzung: John G. Gagliard), Atlantic Highlands, N.J.: Humanities Press.
- Brummel, Hans-Jürgen (1980): *Brasilien zwischen Abhängigkeit, Autonomie und Imperialismus*, Frankfurt/Main: Haag und Herchen.
- Carvalho, Estevão Leitão de (1961-64): *Memórias de um soldado*, 3 Bde., Rio de Janeiro: SMG, Imprensa do Exército.
- Carvalho, José Murilo de (1987): *Militares e Civis: Um Debate além da Constituinte*, Rio de Janeiro: IUPERJ.
- Cunha, Euclides da (1994): *Krieg im Sertão*, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Davis, Sonny B. (1996): *A Brotherhood of Arms. Brazil-United States Military Relations, 1945-1977*, Niwot, Col.: University Press of Colorado.
- Faria Mendes, Fábio (1998): "A economia moral do recrutamento militar no império brasileiro", in: *Revista Brasileira de Ciências Sociais*, Bd. 13, Nr. 38, S. 81-96.
- Hayes, Robert Ames (1969): *The Formation of the Brazilian Army and its Political Behaviour (1807-1930)*, Albuquerque, NM, Diss.

- Hayes, Robert Ames (1976): "The Military Club and National Politics in Brazil", in: Keith, Henry H./Hayes, Robert A. (Hrsg.): *Perspectives on Armed Politics in Brazil*. Tempe: Arizona State University/Center for Latin American Studies, S. 137-176.
- Heinz, Wolfgang (1999): "Determinants of Gross Human Rights Violations by State and State-sponsored Actors in Brazil", in: Heinz, Wolfgang S./Frühling, Hugo E.: *Determinants of Gross Human Rights Violations by State and State-sponsored Actors in Brazil*, Uruguay/Chile/Argentina/Den Haag: Kluwer, S. 3-217.
- Heinz, Wolfgang (2001): *Neue Demokratien und Militär in Lateinamerika. Die Erfahrungen in Argentinien und Brasilien (1983-1999)*, Frankfurt/Main: Vervuert.
- Hilton, Stanley (1994): "The Armed Forces and Industrialists in Modern Brazil: The Drive for Military Autonomy, 1889-1945", in: Alexander Rodríguez, Linda (Hrsg.): *Rank and Privilege: The Military and Society in Latin America*, Wilmington, De.: Scholarly Resources, S. 95-141.
- Johnson, John J. (1964): *The Military and Society in Latin America*, Stanford, Ca.: Stanford University Press.
- MacGee Deutsch, Sandra (1999): *Las Derechas. The Extreme Right in Argentina, Brazil, and Chile, 1890-1939*, Stanford, Cal.: Stanford University Press.
- Malan, Souto (1988): *Missão militar francesa de instrução junto ao exército brasileiro*, Rio de Janeiro: Biblioteca do Exército Editora.
- Moura, Clóvis (1988): *Rebeliões da Senzala. Quilombos, Insurreições, Guerrilhas*, Porto Alegre: Mercado Aberto.
- Needell, Jeffrey D. (1992): "Brasilien 1830-1889", in: Bernecker, Walther L. et al. (Hrsg.): *Handbuch der Geschichte Lateinamerikas, Bd. 2: Lateinamerika 1760-1900*, Stuttgart: Klett-Cotta, S. 441-497.
- Nitsch, Manfred (1977): "Das brasilianische Entwicklungsmodell", in: Grabendorff, Wolf/Nitsch, Manfred: *Brasilien: Entwicklungsmodell und Außenpolitik*, München: Fink, S. 7-144.
- Nunn, Frederick M. (1983): *Yesterday's Soldiers. European Professionalism in South America, 1890-1940*, Lincoln: University of Nebraska Press.
- Nunn, Frederick M. (1994): "The South American Tradition: Preprofessional Armies in Argentina, Chile, Peru and Brazil", in: Alexander Rodríguez, Linda (Hrsg.): *Rank and Privilege: The Military and Society in Latin America*, Wilmington, De.: Scholarly Resources, S. 71-94.
- Oberacker, Karl Heinrich jr. (1957): *Johann Heinrich Böhm, der Begründer der brasilianischen Armee*, Bremen: Carl Schunemann Verlag.
- Peres Costa, Wilma (1987): "Os militares e a primeira Constituição da República", in: Quartim de Moraes, João et al.: *A Tutela Militar*, São Paulo: Edições Vértice, S. 19-53.
- Pinheiro, Sergio Paulo et al. (Hrsg.) (1977): *História Geral da Civilização Brasileira*, Bd. 9, Rio de Janeiro/São Paulo: Difel, S. 183-234.
- Skidmore, Thomas E. (1998): *Uma história do Brasil*, São Paulo: Paz e Terra.

- Smallman, Shawn C. (2002): *Fear and Memory in the Brazilian Army and Society, 1889-1954*, Chapel Hill/London: The University of North Carolina Press.
- Smith, Joseph (1981): "American diplomacy and the naval mission to Brazil 1917-1930", in: *Inter-American Economic Affairs*, Bd. 35, Nr. 1, S. 73-91.
- Smith, Joseph (1983): "United States Diplomacy Toward Political Revolt in Brazil 1889-1930", in: *Inter-American Economic Affairs*, Bd. 37, Nr. 2, S. 3-21.
- Smith, Joseph (1999): "Brazil: On the Periphery I", in: Leonard, Thomas M. (Hrsg.): *United States-Latin American Relations 1850-1903. Establishing a Relationship*, Tuscaloosa/London, S. 197-225.
- Stols, Eddy (1992): "Brasilien", in: Bernecker, Walther L. et al. (Hrsg.): *Handbuch der Geschichte Lateinamerikas, Bd. 2: Lateinamerika 1760-1900*, Stuttgart: Klett-Cotta, S. 95-141.
- Vagts, Alfred (1981): *A History of Militarism*, Wesport, Conn.: Greenwood Press.
- Wehler, Hans-Ulrich (1983): *Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik 1750-1900*, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Werz, Nikolaus (1991): *Das neuere politische und sozialwissenschaftliche Denken in Lateinamerika*, Freiburg: Arnold-Bergstraesser-Institut.
- Zoller, Rüdiger (2000): "Präsidenten – Diktatoren – Erlöser: Das lange 20. Jahrhundert", in: Bernecker, Walther L./Pietschmann, Horst/Zoller, Rüdiger: *Eine kleine Geschichte Brasiliens*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 213-320.